Creditreform Würzburg
Bauer & Polyak KG
Martin-Luther-Str. 2, 97072 Würzburg

Telefon +49 931 30503-21
Telefax +49 931 30503-855
presse@wuerzburg.creditreform.de
www.creditreform.de/wuerzburg

Presseinformation

Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Herbst 2026

Mittelstand wartet weiter auf den Aufschwung

Der deutsche Mittelstand kämpft weiter mit einer angespannten Geschäftslage. Die Unternehmen leiden unter den Folgen der langen Rezessionsphase und gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten. Das zeigt die Herbstumfrage der Creditreform Wirtschaftsforschung unter rund 1.200 kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Demnach ist die Stimmung der Unternehmen noch sehr verhalten. Die aktuelle Geschäftslage bewertet der Mittelstand erneut mehrheitlich negativ. Lediglich bei den Geschäftserwartungen ist eine Verbesserung erkennbar. Der Creditreform Geschäftsklimaindex (CGK) kann minimal von plus 0,1 auf plus 1,1 Punkte zulegen. „Deutschland lebt derzeit von der Hoffnung. In der Realität der allermeisten Unternehmen aber sind die Belastungen weiterhin zu hoch und die Insolvenzzahlen steigen“, erklärt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Creditreform Wirtschaftsforschung.

Geschäftslage bleibt angespannt

Die Auftragseingänge im Mittelstand zeigen bislang wenig Belebung. Lediglich 20,2 Prozent der Unternehmen meldeten einen Anstieg – etwas weniger als im Vorjahr (21,5 Prozent). 26,4 Prozent der Befragten (Vorjahr: 27,6 Prozent) berichteten von rückläufigen Aufträgen. Nur im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die Auftragslage verbessert, während es im Baugewerbe sogar eine deutliche Verschlechterung gab.

Mittelstand vorsichtig optimistisch

Die Geschäftsaussichten haben sich zuletzt etwas aufgehellt, wie die Umfrage von Creditreform zeigt. Die Unternehmen rechnen im nächsten halben Jahr wieder mit einer besseren Auftrags- und Umsatzlage. Ausgeprägter als in anderen Wirtschaftsbereichen ist die Zuversicht dabei im Verarbeitenden Gewerbe. „Der Optimismus ist angesichts der weiter bestehenden Herausforderungen, insbesondere der hohen Energiepreise und der schwachen privaten Nachfrage, noch verhalten. Auch wenn die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr insgesamt wieder leicht wachsen dürfte, ist es noch ein langer Weg zurück zu alter Stärke“, ergänzt Hantzsch.

Zugleich warnt Hantzsch vor einem Scheitern der wirtschaftspolitischen Reformen der Bundesregierung: „Allein mit schuldenfinanziertem Sondervermögen und höheren Rüstungsausgaben wird Deutschland langfristig nicht wieder in die Erfolgsspur zurückfinden. Dringlicher sind vielmehr strukturelle Verbesserungen wie

wettbewerbsfähige Energiepreise und Bürokratieabbau. Ergänzend hierzu muss auch der Schutz der heimischen Wirtschaft vor unfairem Wettbewerb Teil der wirtschaftspolitischen Agenda sein."

Investitionsbereitschaft eingebrochen

Dramatisch entwickelte sich im Herbst 2026 die Investitionsbereitschaft. Sie ist so niedrig wie noch nie in den vergangenen 20 Jahren. Nur 37,3 Prozent der befragten Mittelständler planen aktuell ein Investitionsvorhaben. Im Vorjahr wollten noch 43,5 Prozent der Befragten investieren – 2021 waren es noch mehr als 50 Prozent. „Gebremst wird die Investitionsneigung von gestiegenen Zinsen und der anhaltenden Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung", berichtet Hantzsch. Nach der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre seien zudem die finanziellen Spielräume vieler Unternehmen begrenzt, während die Finanzierungskosten gestiegen seien.

Seit drei Jahren keine neuen Stellen mehr

Der Personalabbau in Deutschland setzte sich während der Sommermonate fort. Im Mittelstand wurden bereits seit drei Jahren per Saldo keine zusätzlichen Stellen mehr geschaffen. Zuletzt meldeten 14,5 Prozent der Unternehmen einen Anstieg der Beschäftigtenzahl, während 18,6 Prozent ihre Personalstärke verringert haben. Nur im Dienstleistungssektor konnte die Beschäftigung insgesamt konstant gehalten werden. „Der Fachkräftemangel ist längst nicht der alleinige Grund für den Beschäftigungsrückgang. Neben dem fehlenden Ersatz für

ausscheidende Mitarbeiter forcierten vor allem Umstrukturierungen und eine schwache Auftragslage den Personalabbau“, erläutert Hantzsch. Dies können mittel- und langfristig auch zu einem gesellschaftspolitischen Problem werden.

Eigenkapital schrumpft

Der Anteil der eigenkapitalschwachen Unternehmen bleibt auf einem hohen Niveau. Jedes dritte Unternehmen (33,0 Prozent) weist aktuell eine Eigenkapitalquote von unter 10 Prozent auf. Im Vorjahr hatte dieser Anteil mit 33,2 Prozent den höchsten Wert seit fast 20 Jahren erreicht. Gleichzeitig verfügen weniger Unternehmen als im Vorjahr über eine Eigenkapitalquote von mehr als 30 Prozent. Dies trifft diesmal nur auf jedes dritte Unternehmen (33,0 Prozent) zu – im Vorjahr waren es noch 35,7 Prozent. „Da die Erträge aufgrund der gestiegenen Kosten mager ausfallen, konnten die Unternehmen derzeit kaum Eigenkapital aufbauen. Die Eigenkapitalschwäche im Mittelstand ist auch ein Grund für die gestiegenen Insolvenzzahlen“, so Hantzsch.

Geteilte Meinung zu einer Altersvorsorgepflicht

Die Bundesregierung will künftig auch Selbstständige in die gesetzliche Altersvorsorge einbeziehen. Die Inhaber kleiner und mittlerer Unternehmen bewerten diese Pläne grundsätzlich positiv. Allerdings sollte die Versicherungspflicht nach Ansicht der Befragten in erster Linie nur greifen, wenn Selbstständige noch keine geeignete Altersvorsorge getroffen haben. 31,8 Prozent der

befragten Mittelständler lehnen eine Versicherungspflicht grundsätzlich ab. Vor allem unter jüngeren Selbstständigen ist die Ablehnung groß (46,4 Prozent).

Die Umfrage zeigt: Fast alle mittelständischen Unternehmer sorgen für ihr Alter vor. Dabei setzen sie überwiegend auf private Formen der Altersvorsorge wie Lebensversicherungen und Fonds, gefolgt vom Immobilienerwerb. Mehr als jeder Dritte zahlt darüber hinaus bereits in die gesetzliche Rentenversicherung ein.

(ca. 5.700 Zeichen)
Neuss, 08. Oktober 2026